

Elterbreischlag: WGH fordert Untersuchungs-Gremium

Halterner Fraktion hält Stellungnahme der Stadtverwaltung zum Prüfungsbericht des Kreises für inakzeptabel

Haltern. Zur Prüfung der Baugenehmigung „Altengerechtes Wohnen im Elterbreischlag“ nimmt Ludwig Deitermann (WGH) Stellung: „Die WGH-Fraktion hält die Stellungnahme der Stadtverwaltung zum Prüfungsbericht des Kreises für inakzeptabel, zumal der Kreis in aller Deutlichkeit die Verstöße benannt hat. Wir können nicht akzeptieren, dass die Verwaltung mehr oder weniger – mit Unterstützung ihres Fachanwaltes aus Münster – trotzdem versucht, alle Schuld von sich zu weisen. Das Ansinnen, die widerrechtlich erteilten Genehmigungen nachträglich durch eine „Anpassung“ des Bebauungsplanes zu heilen, schlägt dem Fass den Boden aus. Hierzu wird es definitiv keine Zustimmung der WGH geben. Wir wollen den Anwohnern nicht die Möglichkeit zu einer Klage erschweren, wenn diese dadurch die Chance auf einen wie auch immer aussehenden (Teil-) Rückbau haben könnten. Das Argument, ein Rückbau sei wirtschaftlich nicht angemessen, können wir nicht nachvollziehen. Das Unternehmen hat erhebliche wirtschaftliche Vorteile dadurch erlangt, dass es deutlich mehr Wohnfläche durch die Überschreitung der Gebäudehöhe und Auslagerung der Treppenhäuser geschaffen hat. Die WGH fordert die Einrichtung eines Untersuchungs-Gremiums aus allen Ratsfraktionen. Dieses soll analog der seinerzeitigen Untersuchung des Verwaltungshandelns „In der Borg“ gemeinsam die verwaltungsinternen Zuständigkeiten aufklären und Wege finden, ähnliche Vorgänge für die Zukunft zu unterbinden. Wir können uns vorstellen, eine tatsächlich unabhängige Stelle in der Verwaltung zu schaffen, durch die Abweichungs-/ Freistellungsanträge zu Bauanträgen ab einer bestimmten Größenordnung vor Erteilung geprüft und der Politik unverzüglich vorgelegt werden müssen. Denn nur so kann die Politik ihrem Auftrag gerecht werden, die Einhaltung von Vorgaben zu kontrollieren und damit die Rechte der Bürger zu schützen.“